

Sessionsbericht – Wintersession 2010

Rapport de session – Session d'hiver 2010

29.11. – 17.12.2010

Von Julien Chavaz, Fraktionssekretär

Das Parlament manövrierte sich aufs Abstellgleis – die FDP-Liberale-Fraktion ist mit der Wintersession unzufrieden. Erster Sündenfall war die Ablehnung des Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer. Nur der Einheitssatz und das Abschaffen der Ausnahmen hätte die Bürokratie abgebaut. Zweiter Sündenfall war das Postgesetz. Dort wurde das Monopol der Post zementiert. Ohne Liberalisierung gehen Konsumenten und Wirtschaft leer aus. Dritter Sündenfall waren die Entscheide zu Minder-Volksinitiative: Hier wollen CVP und Linke eine Bonussteuer einführen. Diese Steuer verfügt weder über eine Verfassungsbasis, noch wird sie die Boni-Politik in irgendeiner Form verändern. Zufrieden ist die FDP-Liberale-Fraktion einzig mit der IV-Revision. Diese ist rasch zu verabschieden, damit die Sozialwerke nachhaltig stabilisiert und der Schuldenberg von 15 Mia. Fr. abgebaut werden kann.

Des réformes qui végètent – un Parlement dans l'impasse. Le Groupe parlementaire libéral-radical est fort déçu par cette session d'hiver 2010. Première cause d'amertume: le rejet du taux unique de TVA. Seul un taux unique et la suppression des exceptions permettraient de réduire véritablement la bureaucratie. Deuxième erreur du Parlement: la loi sur la Poste. Dans ce dossier, le monopole de la Poste a été tout simplement cimenté, sans aucune promesse de libéralisation du secteur, au détriment des consommateurs et de l'économie. Troisième erreur: les décisions prises au sujet de l'initiative Minder, le PDC et la Gauche s'évertuant à vouloir introduire un impôt sur les bonus. Il n'existe pas de base légale pour un tel impôt et la pratique de boni ne changera en aucun cas. Pour le PLR, la révision de l'AI constitue l'unique raison de se réjouir. La révision de l'AI doit être terminée rapidement afin que cette assurance sociale puisse être stabilisée et la montagne de dettes de 15 milliards diminuée.



1. Bürokratie-Stopp – Parlamentarische Umsetzung

Die FDP-Liberale Fraktion hat zur Umsetzung der Initiative „Bürokratie-Stopp“ vier Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Millionenfache Einsparungen für KMU durch mehr E-Government (Motion)** – Mit E-Government könnten die Unternehmen jährlich Millionen von Franken an administrativem Aufwand einsparen. Die FDP-Liberale Fraktion fordert deshalb, dass die Realisierung von E-Government-Vorhaben, welche zur administrativen Entlastung der Unternehmen im Verkehr mit Verwaltungsstellen beitragen, massiv beschleunigt wird. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine stärkere Führungsrolle des Bundes im Rahmen der gemeinsamen E-Government-Strategie des Bund und der Kantone.
- › **Weniger Ärger für KMU mit amtlichen Statistiken (Motion)** – Die FDP-Liberale Fraktion will den durch die amtlichen Statistiken bedingten administrativen Aufwand für die Unternehmen senken. Heute werden bei den Unternehmen mehrmals im Jahr durch verschiedene Bundesämter untereinander unkoordiniert Daten erhoben. Durch eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Bundesstellen und durch eine Überprüfung aller durchgeführten Erhebungen auf ihre Notwendigkeit sollen die Unternehmen weniger oft mit Formularen für die Statistiken behelligt werden.
- › **Bürokratie bekämpfen bei der Lohnadministration (Motion)** – Die Lohnadministration für die Unternehmen soll vereinfacht werden. Die FDP-Liberale Fraktion fordert eine entsprechende Vertiefung der Zusammenarbeit bei den Sozialversicherungen. Lohndaten sollen in Zukunft nur noch an einer Stelle eingereicht werden müssen.
- › **Kostengünstige und unbürokratische Abwicklung von Zollverfahren auch für KMU (Motion)** – Die FDP-Liberale Fraktion fordert, dass neben der gewerbsmässigen Lösung e-dec zur elektronischen Abwicklung der Zollverfahren zusätzlich auch für die KMU ein interaktives Internetportal geschaffen wird, damit diese ebenfalls ihre Daten direkt über das Internet an die EZV senden können.

2. Voranschlag 2011 / Voranschlag 2010. Nachtrag II / Finanzplan 2012 - 2014

Die Räte haben den **Voranschlag 2011** und den **Nachtrag 2010** genehmigt. Bei der Behandlung des Budgets 2011 gab es zwischen den beiden Kammern in diesem Jahr grosse Uneinigkeiten. Differenzen zwischen den Räten gab es insbesondere in den Bereichen Entwicklungshilfe, Milchzulagen, Personalkosten für die Geschäftsprüfungskommissionen und ETH-Budget. Der Nationalrat widersetzte sich der geplanten Aufstockung der Entwicklungshilfe um 134 Mio Fr., forderte dafür gleichzeitig gegenüber der Bundesratsvorlage die Erhöhung der Milchzulagen um 45 Mio Fr. Der Ständerat wollte keine Kürzung bei der Aufstockung der Entwicklungshilfe hinnehmen, sprach sich dafür aber gegen die Erhöhung der Milchzulagen aus. Nachdem der Nationalrat in seiner dritten Sitzung mit 97:79:5 Stimmen den Widerstand gegen eine Aufstockung der Entwicklungshilfe aufgab, schwenkte anschliessend der Ständerat mit 25:11 Stimmen bei seiner dritten Sitzung bezüglich Milchzulagen auf den Kurs des Nationalrates ein. Damit war der Voranschlag 2011 unter Dach und Fach.

Unter dem Strich steigt die Eidgenossenschaft nun mit einem budgetierten Defizit von 646 Mio Fr. ins nächste Jahr. Dies sind 52 Mio Fr. mehr als vom Bundesrat vorgeschlagen. Das Budget ist aber immer noch schuldenbremskonform. Einstimmig angenommen wurde zudem der **Nachtrag II zum Voranschlag 2010**, welcher 29 Kreditnachträge im Umfang von 206,1 Mio. Fr. umfasst.

Die Räte haben neben dem Voranschlag den **Finanzplan 2012-2014** zur Kenntnis genommen. Dieser zeigt, dass kein Grund zur Entwarnung vorliegt und ab 2012 strukturelle Defizite zwischen 400 und 600 Mio Fr. pro Jahr drohen. Die FDP wird alles daran setzen, dass die vom Volk mit grosser Mehrheit verabschiedete Schuldenbremse auch für diesen Zeitrahmen eingehalten wird.

3. OR. Aktien- und Rechnungslegungsrecht.

Rechnungslegungsrecht – Nachdem der Nationalrat in der Herbstsession die Revision des Rechnungslegungsrechts (**Entwurf 2**) unterbrochen hatte, verabschiedete die Grosse Kammer die Vorlage in der Wintersession mit 111:34 Stimmen. Der Entwurf sieht eine umfassende Revision des Rechnungslegungsrechts vor und schafft eine einheitliche Ordnung für alle Rechtsformen des Privatrechts. Die Anforderungen werden nach der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens differenziert. Die Vorlage enthält allgemeine Vorschriften, die auf alle buchführungs- und rechnungslegungspflichtigen Rechtsträger Anwendung finden. Sie widerspiegeln den Status quo der Buchführung und Rechnungslegung eines gut geführten KMU. Weitergehende Bestimmungen gelten für Grossunternehmen und Konzerne.

In der Detailberatung folgte der Nationalrat grösstenteils den Empfehlungen seiner Kommission für Rechtsfragen. Unter anderem wird eine Verbesserung betreffend Rechnungslegungsstandards vorgeschlagen. Gemäss Entwurf des Bundesrates hat die Konzernrechnungslegung zwingend nach den Vorgaben eines anerkannten Standards zur Rechnungslegung zu erfolgen, was für viele KMU hohe Kosten verursachen. Der Nationalrat will die Pflicht der Anwendung eines Standards für die Konzernrechnung auf folgende Unternehmen beschränken: Publikumsgesellschaften (wenn die Börse dies verlangt), Genossenschaften mit mindestens 2'000 Genossenschaffern und Stiftungen.

Revisionsrecht – Der Nationalrat folgte in der Herbstsession einem Einzelantrag von NR Otto Ineichen betreffend Schwellenwerte. Die Schwellenwerte in Artikel 727 OR zur Revisionspflicht sollen erhöht werden und bereits am 1. Juli 2011 in Kraft treten – zu diesem Zweck wurde der besagte Artikel aus der Vorlage herausgelöst und als **Entwurf 3** neu vorgelegt. Gemäss dieser Bestimmung müssen – neben Publikums- und Konzernrechnungspflichtigen Gesellschaften – auch Gesellschaften, welche zwei der folgenden Schwellenwerte in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten, eine ordentliche Revision vornehmen: Bilanzsumme von 20 Mio Fr., Umsatzerlös von 40 Mio Fr., 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt. Die Vorlage zur Revision des Rechnungslegungsrechts übernimmt diese Werte zur Definition von „grösseren Unternehmen“, welche zusätzlichen Anforderungen unterliegen. Der Bundesrat hatte in seinem Entwurf eine tiefere Schwelle (Bilanzsumme von 10 Mio. Fr., Umsatzerlös von 20 Mio. Fr. und 50 Vollzeitstellen) vorgeschlagen.

In der ersten Sessionswoche beschloss der Ständerat aus formellen Gründen einstimmig, nicht auf diesen Entwurf 3 einzutreten. Die Kleine Kammer erachtet die Schaffung einer neuen Teilvorlage als ungeeignet und will die Erhöhung der Schwellenwerte zusammen mit dem Rest der Vorlage zum Rechnungslegungsrecht behandeln. Zum materiellen Entscheid einer Erhöhung der Schwellenwerte hat sich der Ständerat nicht geäußert. Der Nationalrat hielt jedoch in der zweiten Sessionswoche an seinem Entscheid fest und sprach sich erneut mit 103:56:1 Stimmen für eine Abspaltung des Entwurfs 3 aus.

4. Pa.IV. RK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ und Regelungen zu „sehr hohen Vergütungen“

Corporate-Governance-Regelungen – Die Rechtskommission des Ständerats (RK-S) beschloss, die Beratungen zum direkten Gegenentwurf zur Minder-Initiative nicht aufzunehmen und arbeitete stattdessen einen neuen indirekten Gegenvorschlag (**Entwurf 1**) aus. Dieser wurde in der Wintersession im Ratssplenium beraten. Er will die Regelungen nicht in die Bundesverfassung, sondern in das Aktienrecht einfügen – die neuen Regelungen wären somit schneller wirksam. Inhaltlich nimmt der indirekte Gegenentwurf die meisten Forderungen der Initiative Minder auf, er ist jedoch flexibler und besser umsetzbar als die starren Regelungen der Volksinitiative. Der indirekte Gegenvorschlag ist jedoch noch verbesserungswürdig, weshalb Vertreter der FDP-Liberale Fraktion in der Ständerätlichen Beratung Einzelanträge einbrachten. Unter anderem sollte die Bestimmung zur Abstimmung über das Vergütungsreglement (Art. 731j) verbessert werden. Die Anträge blieben jedoch chancenlos, und der Ständerat verabschiedete den Entwurf einstimmig mit 36:0 Stimmen.

Das Geschäft geht nun in den Nationalrat. Die FDP wird sich bereits in den Kommissionsberatungen dafür einsetzen, dass die dringend notwendigen Verbesserungen in die Diskussion Eingang finden und umgesetzt werden.

Regelungen zu sehr hohen Vergütungen – Zusätzlich hat der Ständerat über ein Modell beraten, welches hohe Vergütungen als Tantiemen behandeln will (**Entwurf 2**). Es sieht vor, dass die Unternehmen auf Vergütungen von über drei Mio Fr. eine Gewinnsteuer bezahlen. Diesen Vorschlag formulierte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats in einer Motion. Die Minderheit der RK-S um NR Rolf Schweiger beantragte ein auf börsenkotierte Aktiengesellschaften beschränktes alternatives Modell, welches die gesellschaftsrechtlichen Aspekte des „Tantiemen-Modells“ teilweise berücksichtigt, jedoch keine steuerlichen Auswirkungen hat.

Nachdem die vorberatende Kommission ihrem Rat den Entwurf 2 des Bundesrates mit 7:6 Stimmen zur Annahme empfahl, stimmte auch der Ständerat mit 26:16 Stimmen zu, wobei einige Abweichungen vom Kommissionsvorschlag beschlossen wurden. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich weiterhin vehement gegen die Einführung eines Tantiemen-Modells einsetzen.

5. Pa.Iv. Kohler Pierre. Verbot von Pitbulls in der Schweiz. Entwurf 2. Differenzen

Après que le Conseil des Etats a campé sur ses positions et réitéré son refus d'attribuer aux cantons la compétence d'édicter des lois plus strictes et sa volonté de soumettre la détention de chiens potentiellement dangereux à autorisation, le **projet de loi sur les chiens** a dû passer en conférence de conciliation. La proposition de cette dernière, soit de suivre la position du Conseil des Etats, a été rejetée par le Conseil national par 95 voix contre 81 et 7 abstentions. Le Groupe libéral-radical du Conseil national, attaché au maintien des compétences des cantons et à la réduction de la bureaucratie, a rejeté la proposition de la procédure de conciliation par 23 voix contre 4. Le projet de loi est donc enterré. Il n'y aura pas de loi fédérale sur les chiens.

6. 6^{ème} révision de l'assurance-invalidité. Révision 6a

Le Conseil national s'est penché sur le **premier volet de la 6ème révision de l'assurance-invalidité** (révision 6a) et l'a adopté par 115 voix contre 63, avec le soutien unanime du Groupe libéral-radical. Ce dernier comprend des mesures qui contribuent à la consolidation financière de l'assurance avec une révision des rentes axée sur la réadaptation, un nouveau mécanisme de financement, une baisse des prix dans le domaine des moyens auxiliaires et une contribution d'assistance afin de favoriser l'autonomie et la responsabilité des personnes handicapées.

Le Conseil national s'est en de nombreux points rallié à la version du Conseil des Etats. Ainsi, il a décidé par 116 voix contre 63 que les rentes attribuées avant 2008 en raison de troubles douloureux sans cause organique devront être réexaminées dans les trois ans après l'entrée en vigueur de la loi. De leur côté, les impotents qui vivent à la maison devraient recevoir une contribution d'assistance de 30 fr. par heure. Le National a soutenu ce nouvel instrument qui s'ajoutera aux autres allocations. Il a refusé par 106 voix contre 78 de l'utiliser pour dédommager le soutien fourni par un parent. Cette dernière proposition, rejetée à l'unanimité par le Groupe libéral-radical aurait coûté 10 à 20 millions de fr. par an. Enfin, par 114 voix contre 74, le Conseil national a refusé de contraindre les entreprises à employer 1% de personnes handicapées comme le désirait la majorité de sa commission. Le PLR se félicite du rejet de l'introduction d'un système de quotas. En effet, l'expérience internationale nous montre que les quotas n'ont en aucun cas permis d'atteindre les objectifs et qu'ils stigmatisaient bien plus les personnes handicapées.

Le PLR soutient cette réforme juste et nécessaire permettant des économies de 500 millions de fr. par an et espère une rapide entrée en vigueur. En effet, la situation financière de l'AI n'a cessé de se détériorer

ces dernières années : sa dette à l'égard de l'AVS devrait à fin 2010 atteindre 15 milliards de fr. pour un déficit annuel de 1,1 milliard de fr.

7. Loi sur l'assurance-maladie. Révision partielle. Managed-Care

Le Conseil des Etats s'est penché sur le **projet de réseaux de soins intégrés**. Le Conseil des Etats s'est en de nombreux points rallié à la position du National, notamment en ce qui concerne l'affinement de la compensation des risques proposée par les membres PLR de la commission du national. Cependant, le Conseil des Etats a, par 21 voix contre 14, refusé de contraindre les assureurs à offrir des modèles d'assurance prévoyant l'intégration à un réseau de soins. Selon ce dernier, les caisses maladie doivent rester libres d'offrir de tels modèles. Les personnes qui se tournent vers les réseaux de soins intégrés devraient être en effet favorisées par une réduction de leur participation aux coûts. Sur ce point, le Conseil des Etats s'est montré plus généreux que le Conseil national. Ainsi, les personnes affiliées à ce type d'assurance ne devraient participer aux frais qu'à raison de 5%, avec un maximum 500 fr.. La quote-part des autres assurés se monterait en revanche à 15% ou 1000 fr. au plus. Le Conseil national avait quant à lui, lors de la session d'été 2010, choisi de maintenir le taux actuel de la quote-part (10%) pour les assurés liés à un réseau et de l'augmenter à 20% pour les autres.

Ensuite, le Conseil des Etats veut autoriser le gouvernement à adapter les montants maximaux de la quote-part en fonction de l'évolution des coûts de l'assurance maladie. Enfin, par 19 voix contre 15, le Conseil des Etats a estimé qu'une augmentation des primes supérieure à la moyenne ne devrait plus compter parmi les critères permettant de résilier le contrat avant terme, contrat pouvant durer jusqu'à trois ans. Contrairement au Conseil national, la majorité n'a autorisé les changements qu'en cas de modification importante des conditions d'assurance ou lorsque les prestations sont clairement inférieures à la qualité requise.

Le PLR soutient cette réforme offrant un grand potentiel d'économies en s'attaquant à la racine du problème : l'augmentation des coûts de la santé.

8. Postgesetz / Organisation der Schweizerischen Post. Bundesgesetz.

Der Ständerat hat entschieden, dass der **Postmarkt** vorerst nicht vollständig liberalisiert werden. Der Ständerat ist auf die Linie des Nationalrates eingeschwenkt und hat beschlossen, das **Restmonopol der Post** auf dem Versand von Briefen bis zu 50 Gramm vorläufig nicht aufzuheben. Die Räte wollen aber keinen absoluten Liberalisierungsstopp. Sie haben beschlossen, dass der Bundesrat drei Jahre nach Inkrafttreten des revidierten Postgesetzes die Lage neu beurteilen soll.

Am meisten diskutiert wurde aber nicht die Marktöffnung sondern die indirekte staatliche Presseförderung. Der Nationalrat hatte beschlossen, dass von der indirekten staatlichen Presseförderung nur Zeitungen profitieren, die nicht einem Kopfblattverbund mit einer Gesamtauflage von über 100'000 Exemplaren angehören. Der Ständerat hat in der Differenzvereinbarung zum Postgesetz diesem Vorschlag des Nationalrats zugestimmt. Die Subventionen für die Zustellung der Zeitungen durch die Post betragen damit jährlich 50 Mio Fr.. 30 Mio gehen an die Regional- und Lokalpresse, 20 Mio an die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse.

In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat das Postgesetz mit 154:24:16 (2:18:13) und der Ständerat mit (36:6:1) an und das Postorganisationsgesetz 100:75:19 (RL 4:15:14) und im Ständerat mit 28:4:11. Die FDP hat sich vergeblich für eine Reform der Post eingesetzt, die im Sinne aller wäre: der

Post, die gerne ihr Angebot wirtschaftlicher ausgestalten möchte ohne lästige Auflagen der Politik, In- und ausländische Investoren, die mit attraktiven Produkten und Dienstleistungen in einen neuen Markt einsteigen wollen. Die Konsumenten, die sich viele Anbieter mit grosser Auswahl wünschen, langen Öffnungszeiten auch am Samstag und günstige Preise; noch dazu postalische Angebote, die überall und in guter Qualität verfügbar sind. Ohne Reformen, insbesondere bei der Marktöffnung und bei der Definition des service public wurde diese Chance vertan. Die Post erhält mit dem Postorganisationsgesetz unternehmerische Freiheit zum Nulltarif (keine Marktöffnung).

9. Vereinigte Bundesversammlung

Vereidigungen – Im Nationalrat haben am 29. November 2010 drei neue Mitglieder den Eid abgelegt. **Der freisinnige Berner Peter Flück folgt auf den in den Bundesrat gewählten Johann Schneider-Ammann.** Er ist 53 Jahre alt und von Beruf Sanitärplaner. Die 46-jährige Baselbieterin Elisabeth Schneider, Vertreterin der CVP, Juristin und Gemeindeverwalterin, übernimmt den Sitz der zurückgetretenen Kathrin Amacker. Der 37-jährige Jurist Sebastian Frehner, SVP-Vertreter aus Basel-Stadt, tritt die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Jean-Henri Dunant an.

Wahlen – National- und Ständerat haben am 29. November 2010 ihre Präsidien neu besetzt: **Der Walliser Freisinnige Jean-René Germanier ist neu höchster Schweizer**, er löst die Aargauer SP-Vertreterin Pascale Bruderer ab. Der Urner Christlichdemokrat Hansheiri Inderkum ist neu Vorsitzender des Ständerates und somit Nachfolger der abtretenden Erika Forster (SG, FDP). Zudem wurde **Hans Altherr (Appenzell Ausserrhoden, FDP)** sowie Filippo Lombardi (Tessin, CVP) zu den **Vizepräsidenten des Ständerates gekürt.**

Präsidium und Vizepräsidium des Bunderates – Am 8. Dezember 2010 hat die Vereinigte Bundesversammlung Micheline Calmy-Rey (SP, GE) zur Bundespräsidentin 2010/2011 sowie Eveline Widmer-Schlumpf (BDP, GR) zur Vizepräsidentin 2010/2011 des Bundesrates gewählt.

Richterwahlen – Der derzeitige **Präsident des Bundesgerichts**, Lorenz Meyer (BE, SVP), ist für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt mit 218 von 219 gültigen Stimmen bestätigt worden. Zum **Vizepräsidenten** des höchsten Gerichts wurde mit 208 Stimmen Gilbert Kolly (FR, CVP) gewählt. Zudem wurde mit 207 Stimmen David Glassey (VS, CVP) zum neuen **Richter am Bundesstrafgericht** in Bellinzona gewählt.

10. Geschäfte beider Räte

Rüstungsprogramm 2010 – Der Nationalrat hat ein grösseres Rüstungsprogramm beschlossen als der Ständerat. Im Gegensatz zum Ständerat wollte der Nationalrat die zusätzlichen 70 gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeuge nicht im Rüstungsprogramm kompensieren. Für die FDP widerspiegelte das Rüstungsprogramm der Stand der Debatte zur Armee und Sicherheitspolitik: Stillstand. Die Beschaffung der Rüstungsgüter hat keine präjudizierende Wirkung auf die künftige Ausgestaltung der Armee. Die FDP stimmte dem Programm zu, um zumindest bei dieser Baustelle der Armee für eine gewisse Verlässlichkeit zu sorgen. Mit 117:37 (RL 30:0) stimmte der Nationalrat dem Rüstungsprogramm zu.

Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2011/12 – Statt 3,322 Milliarden Franken sollen die SBB 2011 und 2012 3,462 Milliarden Fr. in den Un-

terhalt und in kleinere Ausbauten in das Netz investieren. Entgegen dem Willen der FDP stimmte der Nationalrat mit 110:67:6 RL (10:20:2) diesem Beschluss zu. Der Ständerat war ursprünglich dagegen, stimmte aber in der Bereinigung für die Erhöhung der Mittel. Für die FDP war dies keine gute Entscheidung, da er dem Prinzip widerspricht, dass neue Ausbauten des Bahnnetzes nur in Auftrag gegeben werden sollten, wenn sie auch finanziert sind. Das ist bei den geplanten Investitionsprojekten der SBB nicht überall der Fall. Damit wird ein Finanzloch gestopft indem ein anderes geöffnet wird, nämlich der FINÖV. Damit öffnet sich die Schere zwischen notwendigen Investitionen und verfügbaren Mitteln weiter. Nachdem bei der SBB finanzpolitisch der Sündenfall begangen wurde, zog die FDP in der Folge ihren Minderheitsantrag zur Ablehnung der Aufstockung von 88 Mio für die Privatbahnen zurück, da es keinen Sinn gemacht hätte, bei den Privatbahnen konsequent zu sein, nachdem man für die SBB zusätzliche Mittel gesprochen hat.

Pa.Iv. Robbiani. Finanzierung von Institutionen für Behinderte – Le Conseil des Etats a tacitement rejeté une initiative parlementaire du National portant sur le financement d'institutions pour handicapés, seuls deux projets étant encore concernés au Tessin. Le Conseil national souhaitait en effet accorder un sursis à des projets de construction d'institutions pour handicapés ayant perdu leur garantie de subvention de l'AI avec l'entrée en vigueur de la péréquation financière.

11. Geschäfte des Nationalrats

Gegenentwurf zur Off-roader Initiative – Entsprechend dem DV-Beschluss der FDP vom 16. Juni 2010 soll der CO₂-Ausstoss von Autos gesenkt werden. Der Nationalrat stimmte mit 105:65 (RL20:6) dafür der Offroader-Initiative einen Gegenentwurf gegenüberzustellen. Dieser sieht vor, dass der durchschnittliche CO₂-Ausstoss von Neuwagen ab 2015 auf 130 Gramm pro Kilometer zu reduzieren ist. Wird der Zielwert überschritten müssen die Autohändler Bussen bezahlen.

Beschluss zu Agrarfreihandel – Das Parlament soll einen Grundsatzbeschluss betreffend die Verhandlungen der Schweiz mit der EU und der WTO zur Agrarfreihandel fassen. Dieser Beschluss soll klare Vorgaben machen und den Bauern Sicherheit bieten. Der NR hiess eine entsprechende parlamentarische Initiative des Berner SVP-Vertreters Rudolf Joder gut.

Mehrwertsteuer-Einheitssatz - Teil B der MWST-Revision – Der Nationalrat hat die Vorlage B der MWST-Revision an den Bundesrat zurückgewiesen. Die grosse Kammer erteilte dabei der Regierung mit 106:62 Stimmen den Auftrag, ein System mit zwei Steuersätzen auszuarbeiten, unter Beibehaltung eines guten Dutzend der heute 29 Ausnahmen. Die FDP, welche sich als einzige Partei für den Einheitssatz und die Abschaffung der meisten Ausnahmen einsetzte, ist über dieses Resultat sehr enttäuscht. Der Nationalrat hat eine riesige Chance für eine wirkungsvolle Vereinfachung der Mehrwertsteuerabrechnung vergeben. Leidtragende sind die Unternehmen in der Schweiz. Ihnen bleibt weiterhin der riesige bürokratische Aufwand der MWST-Abrechnung. Der Einheitssatz und die Abschaffung der Ausnahmen hätten die administrativen Kosten jährlich um 300 Mio Franken gesenkt sowie das Wirtschaftswachstum und die Kaufkraft der Privathaushalte gestärkt. Die vom Nationalrat verlangte Variante dagegen zementiert die heutigen Probleme und vergrössert die Verzerrungen noch.

Regulierung der Bücherpreise – National- und Ständerat sind sich bei der Buchpreisbindung noch immer nicht einig. Zwar haben sich beide Räte grundsätzlich vor langer Zeit entschieden, die Buchpreisbindung wieder einzuführen. Umstritten ist jedoch vor allem, ob die verbindlichen Preise auch für im Internet bestellte Bücher gelten sollen. In der vergangenen Frühjahrsession beschloss die Kleine Kammer, Internetaufkäufe in der Schweiz sowie im Ausland von der Buchpreisbindung auszunehmen. Der Nationalrat hat nun mit 106:73:3 Stimmen Ausnahmen für den Internethandel abgelehnt. Die FDP lehnt die Wiederein-

führung der Buchpreisbindung ab. Deren Wiedereinführung wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Wettbewerbspolitik, indem ein Preiskartell staatlich sanktioniert würde.

Gegenentwurf zur Offroader-Initiative – Entsprechend dem DV-Beschluss der FDP vom 16. Juni 2010 soll der CO₂-Ausstoss von Autos gesenkt werden. Der Nationalrat stimmte mit 105:65 (RL20:6) dafür der Offroader-Initiative einen Gegenentwurf gegenüberzustellen. Dieser sieht vor, dass der durchschnittliche CO₂-Ausstoss von Neuwagen ab 2015 auf 130 Gramm pro Kilometer zu reduzieren ist. Wird der Zielwert überschritten müssen die Autohändler Bussen bezahlen.

Schutzwall gegen Gigaliner – Mit einer Interpellation hat die FDP als erste das Parlament auf den Handlungsbedarf von bis zu 25m langen Fahrzeugkombinationen mit einem Maximalgewicht von 60 Tonnen aufmerksam gemacht. Nun hat der Nationalrat einer Motion des Ständerats zugestimmt, die maximale Länge von Lastwagen auf 18.75m auf Gesetzesstufe zu fixieren. Damit dürfte zu den GigaLinern vorläufig das letzte Wort gesprochen sein.

Finanzielle Mittel für die Landwirtschaft 2012 und 2013 – Der Nationalrat hat in der Wintersession als Erstrat über die Zahlungen des Bundes an die Landwirtschaft für die Jahre 2012 und 2013 diskutiert. Die grosse Kammer beschloss dabei, die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft gegenüber der Vorlage des Bundesrates um 130 Mio Franken auf gesamthaft 6728 Mio Franken zu erhöhen. Er macht damit bedauerlicherweise die im Konsolidierungsprogramm 2012 bis 2013 vorgesehen Sparmassnahmen wieder rückgängig.

Réserves dans l'assurance obligatoire des soins – Le Conseil national a adopté tacitement une motion de sa commission de la santé et de la sécurité sociale demandant au Conseil fédéral de prendre des mesures pour résoudre le problème des réserves dans l'assurance maladie. Didier Burkhalter a promis d'agir sans attendre.

Caisse nationale publique d'assurance-maladie – Le Conseil national a, grâce à l'opposition unanime du Groupe libéral-radical, refusé par 104 voix contre 53 de donner suite à une initiative parlementaire du PS pour une caisse maladie unique.

IWF-Kredite – Im Nationalrat war die Rede von einem Kredit von zehn Milliarden Dollar für den Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser Kredit sollte Teil des IWF-Schutzschirms für kriselnde Euro-Staaten sein. Der Bundesrat hatte beantragt, den Kredit noch in dieser Wintersession zu behandeln. Wenn der Kredit nicht jetzt gutgeheissen werde, bestehe die Gefahr, dass die Schweiz den ganzen IWF-Schutzschirm für die Euro-Staaten blockiere. Ein Mehrheit aus SVP und Linken lehnte es gegen den Willen der FDP-Liberale Fraktion ab, über den Kredit zu diskutieren.

12. Geschäfte des Ständerats

Pädophilie / sexueller Missbrauch / Vergewaltigung. Vorstösse – Verschiedene parlamentarische Vorstösse, welche in der Sommersession im Nationalrat angenommen wurden, lehnte der Ständerat in dieser Session ab:

- › Mo. Nationalrat (Rickli Natalie). Schaffung eines nationalen Registers für vorbestrafte Pädophile
- › Pa.Iv. Rickli Natalie. Register für Pädophile, Sexual- und schwere Gewaltstraftäter
- › Mo. Nationalrat (Rickli Natalie). Erhöhung des Strafmasses bei Vergewaltigungen
- › Mo. Nationalrat (Rickli Natalie). Höheres Strafmass bei Vergewaltigung von Kindern unter 12 Jahren

Die Motion von Josiane Aubert zum „Schutz des Kindes vor Misshandlung und sexuellem Missbrauch“ wurde mit einer Änderung gutgeheissen. Schliesslich folgte der Ständerat dem Erstrat im Falle einer Motion von Margret Kiener Nellen („Unmündige Sexarbeiterinnen und -arbeiter. Strafbare Freier“) und nahm diese ebenfalls an.

Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates über die Cyberkriminalität – Der Ständerat hat als Erstrat der Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats über die Cyberkriminalität zugestimmt. Das am 1. Juli 2004 in Kraft gesetzte Übereinkommen ist die erste und bisher einzige internationale Konvention, die sich mit Computer- und Netzwerkkriminalität befasst. Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, ihre Gesetzgebung den Herausforderungen neuer Informationstechnologien anzupassen. Der Ständerat hat den Entwurf des Bundesrates einstimmig und ohne Diskussion angenommen. Somit geht das Geschäft an den Nationalrat.

Loi sur l'encouragement du sport – Le Conseil des Etats a adopté à l'unanimité la loi sur l'encouragement du sport. Contrairement au Conseil national cependant, il a refusé d'inscrire dans la loi un minimum de trois leçons hebdomadaires de gymnastique à l'école obligatoire, estimant cette question de la compétence des cantons. Le Conseil des Etats s'est ainsi rallié à la position défendue par le Groupe libéral-radical du Conseil national qui s'était opposé à une telle inscription par 20 voix contre 4. L'objet retourne à la commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national.

RPG. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Flankierende Massnahmen zur Aufhebung des BewG – Die neuen Regeln für den Zweitwohnungsbau sind parlamentarisch unter Dach und Fach gekommen. Mit 136:59 (RL 31:2) Stimmen bei 1 Enthaltung (Nationalrat) und 42:0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung, mit welcher die Räte den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland geregelt haben. Es ist der indirekte Gegenvorschlag zur Initiative "Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen". Darüber hinaus bildet es die flankierenden Massnahmen zur Abschaffung der Lex Koller über den Verkauf von Grundstücken an Personen im Ausland. Das neue Gesetz verpflichtet zu einem ausgewogenen Verhältnis von Erst- und Zweitwohnungen und zu Massnahmen, um es zu erreichen. Dazu gehört die Einschränkung des Zweitwohnungsbaus, die Förderung der Hotellerie und kostengünstiger Erstwohnungen sowie die bessere Auslastung der Zweitwohnungen.

Sicherheitspolitischer Bericht – Der Ständerat hat den Sicherheitspolitischen Bericht zur Kenntnis genommen. Für die FDP fehlen im Bericht die Weichenstellungen, wie die im Bericht genannten Sicherheitspolitischen Herausforderungen angegangen werden, auf welche Ressourcen wir zählen können, und welche Rolle dabei unsere Milizarmee übernimmt. Dazu gehört auch die Frage, welche Rolle die Ausserpolitik übernimmt. Dazu gehört die Frage, worin unsere Sicherheitsinteressen bestehen und wo sie gefährdet sind. Nach welchen Kriterien will der Bundesrat sich für oder gegen bestimmte Auslandseinsätze entscheiden? Welche Strategie haben wir, um unser Verhältnis zu einer aktiven europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu definieren. Dies hat die FDP in ihrer Vernehmlassung Bericht gefordert.

SBB-Pensionskasse – Der Bund soll einen Beitrag von 1.145 Milliarden Fr. an die Sanierung der SBB-Pensionskasse leisten. Als Erstrat hat der Ständerat die Vorlage zur Sanierung der SBB-Pensionskasse einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen. Dieser Entscheid widerspricht der Position der FDP, dass Sanierung der Pensionskasse nicht mit Steuermitteln durch den Bund. Als Teilerfolg kann für die FDP gewertet werden, dass trotz des grossen Beitrags des Bundes an die SBB der Hauptteil der Sanierung die SBB und das Personal tragen. Die SBB hat bereits 2,5 Milliarden Fr. an die Sanierung der Pensionskasse bezahlt. Von den Beiträgen der heutigen Angestellten geht ein Viertel an die Sanierung gehe.

Einlegerschutz – Nach dem Ständerat hiess in dieser Session auch der Nationalrat die Dringlichkeitsklausel für die Verlängerung des Einlegerschutzes im Bankengesetz bis 2012 einstimmig gut. Der verbesserte Einlegerschutz bei Bankenpleiten war 2008 im Gefolge der Bankenkrise als Sofortmassnahme eingeführt worden, befristet bis 2010. Insbesondere wurde dabei die Höhe der geschützten Einlagen von 30'000 auf 100'000 Franken angehoben. Der Ständerat hat sich als Erstrat mit dem zweiten Teil der Vorlage, der Überführung der Sofortmassnahmen ins Dauerrecht befasst. Er stimmte der Vorlage des Bundesrates mit zwei kleinen Änderungen einstimmig zu: Erstens will der Ständerat, dass die FINMA bei der Anerkennung ausländischer Konkurs- und Insolvenzdekrete stets Gegenrecht einfordern muss. Zweitens nahm der Ständerat einen Antrag des Zuger FDP-Ständerates Rolf Schweiger an, welcher die Rechtssicherheit im Bereich der Verrechnung („Netting“) zum Schutz von Swap-Geschäften stärkt.

Nationalgestüt in Avenches VD – Der Ständerat ist gegen den Rückzug des Bundes vom Nationalgestüt in Avenches VD. Die kleine Kammer stimmt mit 29:4 Stimmen zum Bedauern der FDP einer Motion zu, welche vom Bund die Weiterführung der finanziellen Unterstützung und Betreuung des Gestüts verlangt. Der Bundesrat wollte mit dem Rückzug ab 2012 jährlich 7 Mio Fr. sparen. Die Massnahme ist Teil des Konsolidierungsprogramms 2012 bis 2013, welches in den genannten Jahren Einsparungen von ca. jährlich 1.5 Mrd. vorsieht. Die FDP bedauert diesen Entscheid. Die integrale Umsetzung des Konsolidierungsprogramms ist nötig, um in der Zukunft die Verletzung der Schuldenbremse zu verhindern.

Personenfreizügigkeit – Der Bundesrat muss sich verstärkt dafür einsetzen, dass Schweizer Unternehmen ihre Dienstleistungen im Rahmen der Personenfreizügigkeit ausser Landes ohne Hindernisse und Benachteiligungen anbieten können. Der Ständerat überwies eine Motion aus dem Nationalrat. Der Bundesrat hat demnach bei den gemischten Ausschüssen und auch bei den Regierungen der betroffenen Länder zu intervenieren.

BVG. Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen – Les chambres ont, après plusieurs passes d'armes, mis sous toit lundi la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle concernant les institutions de prévoyance du droit public. Cette réforme structurelle impose aux cantons et aux communes de redresser les finances de leurs caisses de pension. Il a toutefois été renoncé à leur imposer une recapitalisation intégrale. Ils auront ainsi 40 ans pour atteindre un degré de couverture de 80%.

Administrative Entschlackung des BVG – Suivant la proposition du Conseil fédéral, le Conseil des Etats a approuvé une motion chargeant le Conseil fédéral de procéder à une révision de la loi sur la prévoyance professionnelle (LPP) visant à la simplifier. L'objectif visé par cette dernière est de garantir que le deuxième pilier reste compréhensible pour des non-initiés, d'aboutir à la plus grande transparence possible pour les assurés et de diminuer les frais administratifs en augmentant la concurrence entre autres mesures. Le Conseil fédéral a pour sa part déjà reconnu la nécessité d'agir et pris les mesures nécessaires. Il prépare un rapport exhaustif sur la situation de la prévoyance professionnelle.

Kantonale Initiative Basel-Land für den Verzicht auf Kernkraftwerke. Mit 24:11 Stimmen hat der Ständerat die Initiative von Basel-Land abgelehnt, die den Verzicht auf Kernkraftwerke fordert. Für die FDP war in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass das Prinzip, wonach in der Schweiz keine Energiequelle ausgeschlossen wird, beizubehalten ist.

13. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Leit- und Koordinationsstelle im Bereich der Cyber-Bedrohung (Postulat) – Die FDP-Liberale Fraktion fordert den Bundesrat mit einem Postulat (Sprecher NR Kurt Fluri) auf, zu Prüfen, ob und wie inner-

halb des Bundes eine Leit- und Koordinationsstelle im Bereich der Cyber-Bedrohung bestimmt werden müsste. Nach verschiedenen aktuellen Ereignissen erscheint fraglich, ob die gegenwärtige Zuteilung von Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung genügt, um Cyberattacken abzuwehren und die internationale Zusammenarbeit zu garantieren.

AHV. Schuldenbremse (Parlamentarische Initiative) – Die 11. AHV-Revision wurde von einer unheiligen Allianz versenkt. Als nächstes soll eine umfassende Reform angepackt werden. Diese wird aber einige Jahre politischer Beratung beanspruchen. Bis dann wird die AHV ins Defizit fallen und ein finanzpolitischer Absturz droht. Die FDP. Die Liberalen fordert deshalb die rasche Einführung einer Schuldenbremse. Sie verschafft dem Parlament Zeit, bei drohenden Defiziten Reformen geordnet zu beschliessen und verhindert Defizitwirtschaft und Schuldenberge bei der AHV.

65/65 (Parlamentarische Initiative) – Le refus de la 11ème révision de l'AVS par l'alliance contre-nature est une menace. Des mesures doivent être rapidement prises afin de pérenniser l'AVS. Celle proposée permettra des économies de l'ordre de 800 millions de francs par an. Elle est juste et équitable; l'égalité entre hommes et femmes doit également correspondre à un traitement identique dans les règles liées aux retraites. L'égalité implique droits et responsabilités

14. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 17 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Wintersession abgeschlossen.

- › Nein sagten die Räte zum Bundesbeschluss über den Schutz des Menschen vor Tieren, und zwar mit 122:54 Stimmen bei 20 Enthaltungen (Nationalrat) beziehungsweise 30:3 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Ständerat).

Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 114:72 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Nationalrat) und 32:2 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen;
- › mit 135:59 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 33:4 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen;
- › mit 136:59 Stimmen bei 1 Enthaltung (Nationalrat) und 42:0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung, mit welcher die Räte den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland geregelt haben;
- › mit 191:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 39:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Bundesversammlung bei der Steuerung der verselbständigten Einheiten;
- › mit 141:49 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 30:5 Stimmen bei 8 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG), mit welcher die Räte die Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften geregelt haben;
- › mit 191:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 41:1 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes, mit der die Räte erreichen wollen, dass Fahren ohne Führerausweis härter bestraft wird;

- › mit 154:24 Stimmen bei 16 Enthaltungen (Nationalrat) und 36:6 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Postgesetzes, mit welcher festgeschrieben wird, dass die Post ihr Restmonopol vorderhand behält;
- › mit 100:75 Stimmen bei 19 Enthaltungen (Nationalrat) und 28:4 Stimmen bei 11 Enthaltungen (Ständerat) das Postorganisationsgesetz, das die Umwandlung der Post von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft vorsieht;
- › mit 187:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 40:0 bei 3 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen;
- › mit 191:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Umweltabgabe im Fürstentum Liechtenstein;
- › mit 138:44 Stimmen bei 11 Enthaltungen (Nationalrat) und 33:8 bei 1 Enthaltung Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen;
- › mit 180:12 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Genehmigung der Schweizer Teilnahme an der internationalen Forschungsinfrastrukturanlage "European XFEL";
- › mit 184:5 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Auferlegung der Kosten für die Behandlung zweier Amtshilfesuchen des Internal Revenue Service der USA auf die UBS;
- › mit 194:0 Stimmen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über Banken und Sparkassen zur Sicherung der Einlagen;
- › mit 147:42 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 35:4 bei 4 Enthaltungen Stimmen (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die SBB, mit welcher die Räte die Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur für die Jahre 2011-1012 festgelegt haben;
- › mit 179:9 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) eine Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrates zur Behandlung von bekämpften Vorstössen.